

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

Fernsprecher Nr. 27

Telegr.-Adr.: Zeitung

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1.— RMk. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Land- und Hauswirtschaft“, „Frauenwelt“, „Fröhliche Welt“, „Rund um den Erdball“, „Unterhaltungsbeilage“. — Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RMk. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Anzeigen werden die sechsgespaltene 3 mm hohe (Petite) Zeile oder deren Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung entprechender Rabatt. Kleinanzeigen kosten pro Zeile 40 Pf. Bei Verbrieflichkeit für Wagn, Datenumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmgebühr für Exkerten und Auskunft beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet. Zahlungen an Postfachkonto Frankfurt am Main Nr. 20771.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 43

Dienstag den 8. April 1930

23. Jahrgang.

Die Aufgaben der Regierung Brüning.

Der Kanzler vor dem Reichsausschuß des Zentrums. Am 7. April der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei in Berlin machte Reichsinnenminister Dr. Brüning längere Ausführungen über die Saager Abkommen und den sogenannten „Neuen Plan“. Er teilte mit, daß auch nach den Beratungen des französischen Ministerpräsidenten Lardieu kein Zweifel darüber bestehen könne, daß nach der Annahme des neuen Planes Funktionen im Sinne des Versailler Vertrages nicht mehr möglich seien. Wohl seien Reparationen möglich, aber über deren Anwendung entscheidende der Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag, und maßgeblich für diesen Fall seien der Völkerverbund und die Tatsache der Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerverbund. Was die Frage der Rheinlandräumung angehe, so sei es verfehlt, wenn vielfach behauptet werde, daß wegen der geringen Zeit die Räumung der dritten Zone nicht mehr rechtzeitig erfolgen könne. Bis zum 1. Juli könnten noch drei Monate zur Verfügung, und es müßte um die Schlußkraft der französischen Armee schlecht bestellt sein, wenn es ihr nicht möglich sein sollte, die Räumung bis zu dem vereinbarten Termin vorzunehmen. Reichsminister Dr. Brüning sprach dann eingehend über die Entwicklung der politischen Lage in den letzten Monaten, die zur Regierungskrise geführt hat, und erklärte, daß die Dinge, die notwendig waren zur Konsolidierung des deutschen Volkes, durchgeführt wurden. Sinner diesem Kabinett liege zu diesem Zweck die ganze Autorität des Reichspräsidenten, und er sei überzeugt, daß hinter diesem Kabinett zur Erfüllung dieser Aufgabe auch die Mehrheit des deutschen Volkes geschlossen stehe. In Bezug auf das Rentenprogramm betonte er, daß die Rentenfinanzierung die Voraussetzung für die Sicherung des Kapitalmarktes für das Einkommen neuen ausländischen Kapitals und deutschen Kapitals, was in ungenügender Umfange aus Vermehrung an der Politik ins Ausland flüchtete. Das zweite sei, der Landwirtschaft für alle ihre Produkte stabile Preise zu sichern. Die Landwirtschaft müsse aus der Verwirrung heraus. Man müsse so sehr die Redner für die besonders bedrohten Gebiete des Reichs etwas Außergewöhnliches tun, damit alles dort nicht in die Notwendigkeit der Massenwanderung der in ihrer Existenz bedrohten Landarbeiter und Bauernführer schließlich in die Großstädte erfolge und das Problem der Arbeitslosigkeit zu einem unlöslichen mache. Was die Zusammenfassung damit zusammenhängen, ist eine stabile Wirtschaftspolitik. Unser Ausfuhrerstand muß wachsen, damit wir in der Lage sind, die Reparationsleistungen zu zahlen. Bislang hatten wir die Kontrolle des Reparationsagenten. Mit dem Augenblick der Annahme des Youngplans liegt die ganze Verantwortung ausschließlich auf dem deutschen Volke, dem Reichstag und der Reichsregierung. Das ist die schwerste Aufgabe, die wir übernehmen haben. Die Regierung muß auf diesem Gebiete eine Vorgehensweise finden, die die Erziehung zur Verantwortlichkeit in einem Maße in der ganzen deutschen Volks, von der die meisten wohl vielleicht noch keine Vorstellung haben. Das Kabinett hat den Zweck, die Folgen klar zu machen, daß wir vor neuen Einschnitten in unserer Existenz stehen und daß wir aufpassen müssen auf Sparmaßnahmen auf allen Gebieten. Wenn es nicht gelingt, muß das deutsche Volk die Aufgaben zu erfüllen, muß das deutsche Volk selbst die Entscheidung in die Hand nehmen. Ich bin überzeugt, daß es dann in seiner Weisheit wissen wird, was es in Zukunft in der innenpolitischen Entwicklung will. Die Reichsregierung wird mit allen Mitteln dafür kämpfen, mit dem deutschen Volk für die Schaffung der Grundlagen für ein glückliches Deutschland zu sorgen.

Reichsverkehrsminister von Gumbert erklärte die Notwendigkeit von Tarifveränderungen sowohl für den Osten als auch für den Westen an. Die Ost- und West-Veränderungen müßten die Wasserstraßen des Ostens ausgebaut werden. Was die Bahnbauten sowohl für den Osten als auch für den Westen anlangt, so müsse das im nächsten im Jahre 1931 begonnen werden. Es würden deshalb in nächster Zeit bereits die nötigen Vorarbeiten dem Kabinett unterbreitet werden.

Aussicht oder Niedergang.

Dr. Molkenhauer über sein Finanzprogramm. In einer Versammlung des Wahlkreises Magdeburg-Nord der Deutschen Volkspartei in Magdeburg sprach Reichsfinanzminister Dr. Molkenhauer über „Aussicht oder Niedergang“. Er betonte die enge Verbindung der Finanzreform mit den zwei großen Aufgaben der Gegenwart, der Hilfe für die Landwirtschaft und dem großen Schlüssel für den Osten. Das Thema der Finanzreform teilte der Minister in die zwei großen Gebiete: Ausgabenkürzung und Neueinnahmen. Er erklärte, daß er mit den Vorbereitungen für ein Ausgabenkürzungsgesetz im roten fertig geworden sei. Der Entwurf werde dem Kabinett noch vor Ostern vorgelegt werden. In diesem Entwurf werde man nicht an den Gemeinden vorbeizugehen können. Zwei Dinge seien wichtig: Einmal müsse der Gemeindefiskus für die Geldwirtschaft seiner Stadt mehr interessiert werden. Das Kabinett wolle in anderen Ländern schon verwirklichte Gedanken einer Bürgerabgabe vorschlagen. Weiter sei es eine vorläufige Forderung, von den Gemeinden, besonders von den größeren Städten, die oft Staatskassen, die größer seien, als die mancher Länder, zu verlangen.

Keine Rheinlandräumung zum 30. Juni

Neue französische Bedingungen. — Die Räumungsfrist läuft noch nicht. — Neue Note Frankreichs.

Von den Berliner amtlichen Stellen wird jedoch mitgeteilt, daß nach Ansicht der Regierung kein Anlaß zur Beunruhigung gegeben sei. Tardieu's Worte über die Schließung der Rheingebirgszone seien nur eine Verhöhnungsbildung auf die Zwischensache gewesen, die sich auf einige in Wirklichkeit ganz belanglose Angelegenheiten bezogen hätten. Es handele sich um einige veraltete Festungsanlagen, um die Verteidigung von Eisenbahnlinien in der entmilitarisierten Zone, um bereits vor einiger Zeit getroffene Vereinbarungen über die letzten Entwaffnungsmaßnahmen im Westen und über die zivilisatorische Verwendung von Kasernenbauten. Dazu hätte sich die Regierung verpflichtet, denn diese Anlagen hätten nicht den geringsten militärischen Wert. Am übrigen werde die Note sich nur mit der Ratifizierung des Youngplans beschäftigen. Die deutsche Botschaft in Paris habe aus der Rede Tardieu's nicht den Eindruck gewonnen, daß Tardieu besondere Bedingungen aufstellen wolle.

Auch französische Abmilderung der Rede Tardieu's. — Der Widerspruch, den die im französischen Senat abgegebenen Erklärungen des Ministerpräsidenten Tardieu über die Räumung der dritten Zone in Deutschland gefunden haben, veranlaßt E. Weiss, im „Journal“ das Räumungsproblem zu behandeln. Er bezeichnet die im Haag festgelegte Formel, wonach die Räumung binnen neun Monaten nach Inkrafttreten des Youngplans spätestens aber bis zum 30. Juni durchgeführt sein müsse, als zweideutig. Er behauptet, daß Deutschland, das zum Inkrafttreten des Youngplans geordnet worden sei, die ganze Eile gehabt habe, während Frankreich die größte Eile gehabt habe. Da aber die Ratifizierung der Saager Abkommen durch Belgien, Italien und Japan in Kürze erfolgen werde, da die letzten Formalitäten zur Gründung der V. B. Z. nicht auf sich warten lassen würden und da die Übernahme der deutschen Schuldverpflichtung nur eine Formalität sei, siehe fest, daß die Befreiung am 30. Juni ihr Ende erreichen werde, falls sich nicht ganz unvorhergesehene Zwischenfälle auf internationalem Gebiet ereigneten.

daß sie ihre Ausgabenwirtschaft ebenso wie Reich und Länder durch eine unabhängige Stelle nachprüfen lassen, etwa durch den Obersten Rechnungshof. Es falle ihm nicht ein, so betonte Molkenhauer, an der Selbstverwaltung der Gemeinden zu rühren; er wolle sie nur weiter entwickeln zu einer wirklichen Selbstverantwortlichkeit.

Dann beiprachte der Minister das Problem der Arbeitslosenversicherung. Er führte dazu u. a. aus: Wenn ein Finanzminister vor der großen Aufgabe stehe, die Finanzen in Ordnung zu bringen, müsse er zunächst dafür sorgen, daß die Arbeitslosenversicherung nicht wie früher, alle Berechnungen über den Haufen werfe. Mit Nachdruck verwies der Minister darauf, wie schon früher einmütig die Vertreter der Wirtschaftsgenossen, die ohne das die Defizitlasten der Wirtschaft wurde. Nach einer Schilderung der finanziellen Schritte der Regierung auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung erklärte Molkenhauer, daß nach seiner Ansicht, der auch der Arbeitsminister Siegenwald beistimmte, die Arbeitslosenversicherung viele Konstruktionsfehler habe. Er glaube, daß auf dem Gebiete der Arbeitslosen- und Krankenversicherung vieles ausgemacht werden könne. Nicht um die Arbeitslosenversicherung abzubauen, sondern um sie auch einmal zu rationalisieren, ihren Wirkungsgrad zu heben und gleichzeitig die Kosten zu senken. Ich bin mit dem Reichsminister Siegenwald darüber einig, daß wir noch in den Sommerferien an diese Frage ernstlich herantreten müssen.

Dann kam der Minister auf den Fehlbetrag von 300 Millionen RM. zu sprechen, wozu er bemerkte, er habe sich bemüht, so vorzugehen, daß die vorgeschlagenen Steuern keine unentbehrlichen Lebensbedürfnisse treffen. Daß hier werde zwar in Baden zu den unentbehrlichen Lebensmitteln gerechnet, ich glaube aber so sagte der Minister, daß eine Erhöhung der Biersteuer um 75 Prozent keine Überpaumung darstellt. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen: Eine Deutlichkeit des Fehlbetrags ohne eine Erhöhung der Biersteuer ist nicht denkbar, wenn man nicht den ganz erheblichen Weg gehen will, die Erhöhung der Einkommensteuer zu erhöhen. Auch die Erhöhung der Einkommensteuer lehnt der Minister ab. Steuern, sowohl die Lohn- als auch die Einkommensteuer, werden von 300 Millionen RM. herabgesetzt werden, und zwar bis Ostern, dann folgt in die Garantie dafür übernehmend, daß wir die nächsten Monate über die Konsumverhältnisse hinwegkommen, daß wir nach dieser Zeit eine Verbesserung mehr zu erwarten brauchen. Ich habe in meinem Amt keine Minute länger, wenn man mit dem Werk der Sanierung und der Volkswirtschaft umgehen möchte.

Der Minister betonte dann weiter die enge Verbindung der Finanzreform mit der Hilfe für die Landwirtschaft und für den Osten, da ohne Bewilligung der neuen Steuern die Durchführung des Agrarprogramms unmöglich sei. Wir werden, so erklärte Dr. Molkenhauer, auf den Reichstag appellieren, ob er die Finanzen sanieren und der Wirtschaft helfen will.

Der französische Senat hat mit 284 gegen 8 Stimmen den Youngplan ratifiziert. Dabei hat Ministerpräsident Tardieu bemerkenswerte Erklärungen über die Rheinlandräumung abgegeben, die erst nach vollständiger Schließung der deutschen Verteidigungszone in der entmilitarisierten Zone und nach der Inangabelegung der Zeitbank vor sich gehen soll. Diese Forderungen werden Deutschland mitteilen werden. Nach der Ausführung Tardieu's liegen verschiedene Bedingungen vor. Alle, auch die des öffentlichen Telegraphenverkehrs, können darin überein, daß Tardieu nicht mehr von der Räumung sprach, die Räumung bis zum 30. Juni zu beenden. Am ausführlichsten berichtet das „R. T.“ über die betreffende Stelle der Rede Tardieu's. Anschließend gibt es diese Stelle im Wortlaut wieder.

Danach hat Tardieu gesagt: Mit Stresemann war im Haag vereinbart worden, daß die Frist von acht Monaten für die Räumung von Anfang November vorigen Jahres zu laufen beginnen soll, woraus sich das Datum des 30. Juni für die Beendigung der Räumung ergab. Seitdem sind in Deutschland und in Frankreich gewisse politische Ereignisse eingetreten, die die rechtzeitige Ratifizierung des Youngplans verhindert haben, das heißt, daß die Frist noch nicht zu laufen begonnen habe, was auch von Deutschland anerkannt werde. Unsere Truppen werden in der dritten Zone bleiben, bis die vorerwähnten Bedingungen erfüllt sind, d. h. die Ratifizierung des Youngplans und die Inangabelegung der Internationalen Zahlungsbank und die Übergabe der deutschen Schuldtitel an diese Bank. Sobald das Schuldzertifikat von Deutschland überreicht ist, wird die Räumung beginnen, und sie wird so schnell wie möglich durchgeführt werden.

Dann folgt der Passus über die Beendigung der Forderungen und die Ankündigung der Hore hierüber. Danach hat Tardieu erklärt, daß die Räumung am 30. Juni nicht beendet sein werde, ja, daß die Frist für die Räumung noch nicht einmal zu laufen begonnen habe.

Das Reichskabinett steht fest!

In der Frage der Vierstärkerhöhung um 75 Prozent. — Innerhalb der neuen Regierungskoalition sind Schwierigkeiten entstanden, die auf den Beschluß des Kabinetts zurückzuführen sind, an einer Erhöhung der Vierstärker um 75 Prozent festzuhalten. Die zur Regierungskoalition gehörende Bawarische Volkspartei verhält sich aber nach wie vor ablehnend gegen eine solche Vierstärkerhöhung und ließ am Samstag im Senatsauschuß des Reichstages durch ihren Vertreter erklären, daß sie niemals zu einer Erhöhung ihre Zustimmung geben werde. Diese Woche wird also wieder eine parlamentarische Sachangelegenheit bringen, und zwar bei der unangenehmsten Entscheidung des Reichstages über die Deckungsvorlage des Sanierungsprogramms. Was die Stellungnahme des Reichskabinetts anbetrifft, so besteht beim Reichskanzler nach wie vor die Ansicht, von seiner Vollmacht, den Reichstag aufzulösen, Gebrauch zu machen, falls dieser dem Deckungsprogramm Schwierigkeiten machen sollte. Mit der Entscheidung über dieses Deckungsprogramm wird also der Reichstag zugleich über sein eigenes Schicksal entscheiden.

Die Wirtschaftspartei bereitet Neuwahl vor.

Die Konfliktstimmung im Lager der neuen Regierungsparteien kam am Sonnabend durch ein Ausdrück, daß die Wirtschaftspartei an eine Reorganisationsanordnung gegeben hat, die Neuwahl vorzubereiten.

Zentrum gegen Reichsbanner.

Unter Hinweis auf die letzte Rundschau des Berliner Reichsbanners, in der gegen das Kabinett Brüning Stellung genommen wurde, schreibt der Presse- und Propagandastab des Reichsbanners, daß es die höchste Zeit ist, die Aktion des Reichsbanners etwas stärker unter die Lupe zu nehmen. Das Reichsbanner ist damals gegründet worden als Abwehr- und Verteidigungsorganisation, damals war das notwendig. Mit den Jahren hat sich das Reichsbanner aber mehr zu einer sozialistischen Kampfruppe entwickelt, es wurde bei allen parteipolitischen Anlässen von der Sozialdemokratie zu Demonstrationen herangezogen. Was jetzt in Berlin geschehen ist, gibt dem Zentrum alle Veranlassung, der Bundesleitung des Reichsbanners deutlich und offen zu erklären, daß wir solche Zustände nicht mehr zu ertragen vermögen und daß wir es ablehnen müssen, daß das Reichsbanner sozialistische Parteigeschäfte betreibt. Am besten wäre es, wenn die ganze Drangsalation verschwände.

Die kommunistische Kirchenverfolgung in Berlin.

Auf zwei Kirchen des Berliner Diktums erfolgten nachts wieder kommunistische Anschläge. Die Kirchen wurden vertrieben die Kommunisten, die die Töpfe mit roter Farbe und mehrere gedruckte Schmähe auf die gegen die Religion zurücklassen mußten. Eine Anzahl Geistliche beider Kirchen in Berlin-Moabit erhielten Drohbriebe.

Spangenberg, den 8. April 1930

Am Freitag fand in öffentlicher Stadtverordneten-
sitzung die Einführung des Bürgermeisters in sein Am-
halt. In Vertretung des Regierungspräsidenten war
Regierungsrat Heinrich gekommen, um den neuen Bürger-
meister zu verpflichten. Auch Landrat Noelle Meltingen
war erschienen. Außer den Magistratsmitgliedern Schen-
ke und Wessel nahmen die Stadtverordneten Pfeiffer, Schmidt,
und Spangenthal, Kerke, Frant, List, Weßhöben und
Säfer daran teil. Ferner wohnten der Ehrenbürger des
Stadts, Ousselberger Georg Salzmann und Vertreter der
sindigen Behörden, der Kirche, der Schulen und der wirt-
schaftlichen Verbände der Feier bei.

Nach Eröffnung der Sitzung und Begrüßung durch den stellv. Stadtv.-Vorsteher Liß ergriff Regierungsrath Heinrich das Wort zu folgenden, auch für die breitere Öffentlichkeit bemerkenswerten Ausführungen:

„Im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten und von mir aus möchte ich in erster Linie des Scheidenden Bürgermeisters Schier, der in 12 schwierigen Jahren und in einem hohen Ausmaß treuer Pflichterfüllung sein bestes Können und seine beste Kraft in den Dienst der Stadt Spangenberg gestellt hat, gedankt. Der Bürgermeister Schier hat in diesen Jahren Wesentliches und Ersprießliches geleistet. Im Namen der Regierung spreche ich den Dank der Regierung aus. Bei seinen starken, eingetragenen Charakter konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß er es nicht allen Leuten hat recht machen können und daß er nicht wieder aus der Wählurnen herabgegangenen ist. Aber auch diejenigen, die ihm die Stimme nicht gegeben, werden ihm gerne das Zeugnis geben: Er war ein lauterer, vornehmer Mensch.

Herr Stein, Sie sind nach den Grundfögen der
Demotralischen Selbstverwaltung von der Mehrheit der
Stadtvorordneten gewählt. Sie kommen in nicht unbe-
kannte Verhältnisse. Sie haben sich schon mit den
Arbeiten vertraut gemacht in Ihrer Tätigkeit als Be-
geordneter. Sie haben sich in städtischen und kommunalen
Dingen eingearbeitet und häufig in Vertretung der
Verwaltung handhaben können, so daß Sie durchau-
sfähig und geeignet sind, dieses Amt nach verwaltungs-
mäßigen, sachlichen Grundfögen zu versehen. Eine
Wunsch, den ich geben möchte ist der: Es ist nicht
immer, wo Wahlen stattfinden, Einigkeit vorhanden,
muß sich dann die Minderheit fügen. Wenn es nicht
möglich war, eine einstimmige Wahl beizubringen,
so hoffe ich doch, daß es Ihnen gelingen wird, aus
dem Vertrauen der anderen Herrn Stadtvorordneten
zu gewinnen, die Ihnen ihre Stimme nicht gegeben haben.

Sie übernehmen das Amt in einer nicht leicht-
Zeit. Es ist uns allen bekannt, wie sehr die Finanzin-
selbst in den kleinsten Gemeinden herrscht. Es ist
daß wir nicht alles, was wir gerne mögen, fertigbrin-
gen können. Auch die Stadt Spangenberg wird
eine ganze Reihe Aufgaben haben, dessen Erlebigen
der Zukunft vorbehalten bleiben werden. Ich denke
an die Aufstellung der Gutsbezirke — Straßenbau u.
Die öffentliche Verwaltung muß unter dem Grund-
„Sparlament“ stehen. Es ist in einem Augenblick nicht
heute eine schwierige und keine denkbare Aufgabe, es
so wichtiges Amt zu übernehmen. Und es ist sehr
verständlich, daß an einen neuen Herrn neue Wünsche
und Hoffnungen gestellt werden, ob denen immer er-
sproden werden kann, muß dahingestellt werden. Man
in einer geglückten Zusammenarbeit ist es möglich,
gemeinsame Wege zu fördern und vorwärtszubringen.
Gerade in den kleinen Gemeinden muß man den Ge-
danken der Zusammenarbeit und der Gemeinschaft
voranstellen. Das Wesen des nachbäulichen Verstehe-
kann viel besser vermittelt werden, als in den größten
Parlamenten. Ich habe die feste Zuversicht, daß
Ihnen sehr bald gelingen wird, die Anforderungen,
das so wichtige und selbständige Amt in vollem Um-
fange zu erfüllen und sich Ihre Arbeit zum Wohle
die schöne Stadt Spangenberg auswirken wird.

Ich überreichte Ihnen nun die Urkunde der Bestätigung. Den Eid haben Sie bereits in Ihrer Eigenschaft als Staatsförster geleistet. Ich verpflichte Sie durch Handschlag zur Treue und gewissenhafte Pflichterfüllung und wünsche alles Gute für die weitere Tätigkeit.

Der neue Bürgermeister erwiderte:

Es ist mir eine Genugthuung, feststellen zu können, daß die Stadtverordneten in übergroßer Mehrheit an die Einführung teilgenommen haben. Regierungsrat Reichs schützte uns den schwierigen Weg, den eine Stadtgemeinde in Zukunft zu gehen hat. Wir sind die der Stadt seit 11 Jahren bekannt. Wir sind auch Wege bekannt, die unsern Gemeinwesen einzuschlagen können, um sich in der schweren Nothzeit durchzuringen. Es mir auch bewußt, daß das Amt des Bürgermeisters schweres ist. Ich hoffe aber, daß alle Stadtverordneten in Erkenntnis dieser Schwierigkeit gemeinsam mit dem Weg gehen, der uns in dieser schwierigen Zeit vor geschrieben ist. Ich hoffe auch, daß sich unsere gemeinsamen Aufgaben mit gutem Willen leichter lösen lassen werden, als man beurteilen kann. Mein Amtsvorgänger hat bei Erfüllung dieser Aufgaben gewiß auch Schwierigkeiten gehabt. Die Stadtverordneten haben sich in verflochten 12 Jahren sehr oft und eingehend mit schwierigen Problemen beschäftigt müssen und werden nicht immer gelingen ist, eine Einigkeit zu erzielen, so lag das in der Hauptsache nicht an der parteipolitischen Einstellung, sondern an der wirtschaftlichen Not und Einwohnern. Wir alle wissen, in welcher wirtschaftlichen Noth sich unsere Einwohnern befinden. Zahlreiche Arbeiter haben wir, die seit Jahren nicht mehr in der Lage

den notwendigen Lebensunterhalt zu finden. Wir haben einen Handwerkerstand, der auf eine sehr lange und ruhmreiche Vergangenheit zurückblicken kann. Heute hat er sehr schwer zu ringen. Auch unsere Landwirthschaft die lange nicht den Ertrag und Erfolg hat, wie im Gemarkte, hat schwer zu ringen. Was uns in Spangenberg fehlt, ist eine flott und gutgehende Industrie. Die Gewerbetreibenden sind gerade so gestellt, daß sie sich durchschlagen. In der Industrie war es so, daß selbst Verhältnisse vorhanden war, aber mit Schwierigkeiten hat sie doch stets zu kämpfen gehabt und wird auch noch in den kommenden Jahren nicht auf Rosen gebettet sein. Ich glaube aber an unseren Staat und an Deutschlands Zukunft und deshalb erhoffe ich auch eine gute Zukunft für unsere Stadt Spangenberg. Wenn wir auch noch durch eine Zeit schwerer Arbeit hindurchgehen müssen, kräftigen sie die Arbeit in einer gewissen Weise. In absehbarer Zeit werden wir wieder auf einem Punkte angelangen, den man von einer geleiteten Zusammenarbeit voraussehen kann. Ich möchte Sie bitten, mich Ihre Arbeitskraft voll zur Verfügung zu stellen, ich werde meine ganze Kraft der Stadt Spangenberg widmen.

Nachdem der stellv. Stadtverordneten-Vorsteher Lisch dem neuen Oberhaupt die Glückwünsche der Stadtverordnetenversammlung ausgesprochen hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Nach dem offiziellen Teil fand noch ein gemüthliches Beisammensein im Ratskeller statt. Veigeordneter Schenk begrüßte den Bürgermeister Stein mit herzlichen Worten und wünschte ihm eine recht segensreiche Arbeit im Dienste der Stadt. Es sprachen weiter Anwalt Noelle, Pfarrer Dr. Bachmann, Hauptlehrer Heindeln, Stadtverordneter Spangenthal, Sparta-Lehrerband Paulus, der Leiter der Bürger-Schule, Müller, Buchdruckermeister Hugo Munzer (Gewerbeverein) und Fabrikant Boelm. Alle sprachen Hoffnungen und Glückwünsche aus. Bürgermeister Stein dankte und versprach, seine ganze Kraft für das Wohl der Stadt und seiner Bürger einzusetzen.

Einfahrt: am Gründonnerstag, den 17. April, von 12
Uhr an, am Karfreitag, den 18. April, am Sonnabend
(Samstag), den 19. April, am Ostermontag, den 20. April,
am Ostermorg, den 21. April, zur Rückfahrt: am Kar-
freitag, den 18. April, am Sonnabend (Samstag), den
19. April, am Ostermontag den 20. April, am Ostermon-
tag, den 21. April, am Dienstag, den 22. April bis 9 Uhr.
Die Verlegung sämtlicher Schnellzüge ist ausgeschlossen.

Kassel. Das Mitteldeutsche Sängerbundesfest kann in finanzieller Hinsicht als nahezu gesichert gelten. 10 000 Sängern und Sängerinnen können auf Grund der Teilnahmebereitschaft bereits als feste Meldung gewertet werden. Das Fest wird in künstlerischer Beziehung mit den höchsten Maßstäben gemeßen werden können.

Die Zahl der Aus Fremden in Regierungsbezirk
Raffel. Nach einer von der Regierung in Raffel auf-
gestellten Statistik betrug die Zahl der Fremden im Ver-
waltungsbezirk Raffel im Jahre 1923 insgesamt 106,43
1928: 87,467), die sich auf 208 Orte verteilen. Gerächt
wurden alle Fremden die sich mehr als drei Tage an
dem betreffenden Orte zur Erholung aufhalten können.
Die größte Besucherzahl haben Bad Willmannsdorf, Bad
Dr. (he für 10 000 Besucher) aufzuweisen. Mehr als
1000 Besucher haben die nachgenannten Orte besucht:
Raffel-Willemshöhe, Bad Salzschlitten, Gelnhausen,
Bersfeld, Vönnelshausen und Rufferuppe, Bersfeld,
Kirschhausen, Marburg a. Rhn., Bad Neundorf, Bad
Zoben, Bad Eoden-Vönnelshausen, Krollen, Willmanns,
Reinhardshausen und Bersfeld. Auswärtige überaus sind 60 im
Regierungsbezirk Raffel vorhanden. An der Spitze stehen
die Kreise Gießen und Mitteln mit je 7, Schmalkalden
mit 6 und Braunfels mit 5.

Aussel. Einige im Eigentum des Staates stehende alte Burgruinen des Bezirks sind durch den Konseruator der Kunst- und Denkmäler, Ministerialrat Dr. Sieck, hinsichtlich ihrer Erhaltung, wenn es auch in Folge der schwierigen Verhältnisse nicht möglich ist, erhebliche Mittel für derartige Denkmäler einzusetzen, so soll doch für die beiden wichtigsten unseres Bezirks, die Weidelsburg bei Appinghausen im Kreise Wolfenhausen und die Sadowburg im Reinhardswald, Durchgreifendes geschehen. Schon in diesem Jahre sollen erhebliche Arbeiten zur Sicherung des Bestandes der Weidelsburg in Angriff genommen werden; auch soll das Gelände innerhalb der Burg unter teilweiser Schonung der vorhandenen Begrünung und Bäume so reguliert werden, daß das Gestrüß entstehen. Die Sadowburg soll im nächsten Jahre einer gründlichen Instandsetzung unterzogen werden.

— In eine öffentliche Kundgebung der D. W. sprach der Abgeordnete Frhr. von Rheintaben über staatsbürgerlichen Zusammenfluß. Die jetzige parlamentarische Lage ist, so führte er aus, die Dauerhaftigste. Entweder Eugenberg und sein eigener Kreis verzichtet auf die Geltung seiner Partei oder es kommt in absehbarer Zeit doch noch zur Auflösung des Reichstages. So oder so aber ist nach Absicht

des Vorchristendoms außerpolitischer Probleme eine Völkervernichtung und Kleinverflechtung des inneren Volkentriebes sicher. Noch einmal hat das zum Staupunkt eingestufte Bürgertum eine große Chance erkannt die Führung in Deutschland in die Hand zu nehmen. Es muß sich dazu auf vier große Gemeindefaktoren besinnen und darauf einigen: Souveränität sozialer, aber nicht sozialistischer Staat mit Autorität, Sauberkeit, Disziplin, Anstehenhaltung und Wiederherstellung der Form und Initiative der Privatwirtschaft, ferner die Förderung der geistigen und kulturellen des deutschen und christlich-Deutschland und Vertiefung des Wehr- und Machgedankens in einer Fortentwicklung der Weltpolitik und unserer außerpolitischen Lage anerkannten Form.

— Da die Reichsbahndirektion Kassel ihre Güterwagenabteilung schließen will, hat sie rund 250 Arbeiter, die meist bis zu 30 Jahren im Dienst der Reichsbahn standen, **gefährdet**.

Waldrappel. Zwischen Waldrappel und darnun
schaden ereignet sich ein schwerer Unglücksfall. Die
Milchmagen des Ritterguts Darunthausen, auf dem
täglich die Milch nach dem hiesigen Bahnhof abgelad-
et wird, wurde auf der Rückfahrt an einer scharfen Kur-
ve von einem von Rassel kommenden Personenzug, der
mit großer Geschwindigkeit die Kurve links geschnitten
haben soll, überannt. Die Theile des Milchmagen
zertrümmerte die Schuttscheibe des Wagens und bedau-

stigte das Verdeck. Ein Pferd erlitt einen Hohnbruch, während der Gespannführer und dessen Begeleiter mit dem Schreden davonkamen. Ein Autotniasse wurde jedoch erheblich am Kopf verletzt während ein zweiter einen Nervenhof erlitt. Der Chauffeur kam mit heiler Haut davon.

Rotenburg. H. Der Preussische Minister für Verkehrswirtschaft hat auf Antrag des Magistrats der Stadt Rotenburg in letzter Instanz entschieden, daß auf Rotenburg der Begriff des *Parocies* im Sinne des Gesetzes zur Erhaltung des Baugeländes in der Interessirte der Volksgesundheit vom 29. April anzuwenden ist. Es bedeutet hies die Unterabteilung von Waldparzellen des sogen. „Eckwald“ in der nächsten Nachbarschaft der Stadt, dessen Abholzung dadurch verhindert wird. Rotenburg wird wegen seiner einzigartigen Lage mit seinen ausgedehnten Tannen- und Nadelnwaldungen von einer von Jahr zu Jahr ständig wachsenden Zahl von Erholungs-gesellschaften als Sommerfrische und Luftkurort bejagt.

Hersfeld. Der bisherige Studienrat Dr. Gottfried Hersfeld in Frankfurt a. M. ist vom Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung namens des Preussischen Staatsministeriums zum Oberstudiendirektor ernannt und vom 1. April d. J. als Leiter des hiesigen Gymnasiums nebst Realschule bestimmt worden.

an Gelenken. Inselflechte Gelenkflüssigkeit für Gelenkkrankheiten zu bilden. Die Selfflüssigkeit in schmerzhaften Gelenken auszuscheiden, das während des Arterienkollapses eine Fortbewegungsauffahrt unterbrochen, in der Selfflüssigkeit Arterienkollaps zu beschleunigen. Die mit 80 Gelenken ausgestattete Selfflüssigkeit wird sehr stark in Anspruch genommen.

Bad Soden bei Salzmünster. Den Schuhmachermeistern Grauel und Gaul von hier wurde von der Schmerzkammer in Kassel aus Veranlassung der 50jährigen selbstständigen Ausübung des Schuhmacherhandwerks als Meister der Ehrenmeisterbrief verliehen.

Sanan. In der Diamanten-Industrie Hanau und Umgebung sind unter dem Einflusse der erneuten Krise auf dem Diamantenmarkt die im Februar d. J. eingestellten Diamantenarbeiter wieder zur Entlassung gekommen.

Frankfurt a. M. In Stuttgart wurde ein gewisser Erno Bed festgenommen, der von Frankfurt aus weite Reisen unternimmt und sich als ein sehr geschickter Betrüger ausweist. Bed soll einem Fräulein über 9000 RM. abgeschwindelt haben.

† Hann.=Münden. Die letzten Prüfungen der Hochschule fanden ihren Abschluß in der Assessorenprüfung in Berlin, an der sich 7 Mündener und 7 Eberswalder Herren beteiligten. Die Mündener bestanden sämtlich.

Bommen (Kr. Eschwege). Nachts gegen ½2 Uhr zerklühten zwei maskierte Entbrecher die Fensterstiche des hiesigen Eisenbahnstationengebäudes und drangen in das Gebäude ein. Als der alarmierte Stationsbeamte die Entbrecher erregte, hielten sie ihn mit einem

Die beiden Täter, ein 36-jähriger Mann und eine 34-jährige Frau, wurden in der Nacht vom 2. auf den 3. März 1934 in der Stenografenstraße, deren Einmündung aber am vorhergehenden Abend abgeseilt worden waren, sodas sich nur noch etwa 30 RM. darin befanden. Als die Mörder der Gedärbe verließen, wurden die Nachbarfamilien Gesellschaften und Herleshausen benachrichtigt, von wo aus die Verfolgung der Täter aufgenommen wurde. Hierher ist die obige Melisat geschrieben. Die beiden Täter begingen ihre Verbrechen im Alter von 20 Jahren, als sie noch in der Umgebung der Zifferstrasse, Ständchen und Sprinkelmühle

Herzfeld. In der Mädchenschule wurde der neue Rektor der bishierigen Lyceallehrer W. Sauer, feierlich in sein Amt eingeführt.

Somberg. Ein Bergmann aus Wiera, der erst vor 14 Tagen geheiratet hat, verunglückte auf der Zechenbahn bei Altenburg schwer an der Kettenbahn. Er sollte sofort nach Trebnitz gebracht werden. Unterwegs ist er bereits gestorben.

Marburg. In der Zuckerfabrik Wabern fiel eine Arbeiter ein schwerer Zuckersack auf den Rücken, so daß er einen Bruch der Wirbelsäule erlitt. Der Bedauernswerte wurde der hiesigen Klinik zugeführt.

Umbura. Ein 17jähriges lunares Mädchen von hier das in einem fleischen Kaufhaus als Lehrling beschäftigt war, hatte bei einer geschäftlichen Besorgung Geld zu wechseln und hatte dabei eine **kleine Unrichtigkeit** gegenüber ihrem Lehrherrn begangen, ob daß dieser etwas davon ahnte. Das Mädchen schämte sich diesem Abend nicht aus dem Geschäft nach Hause zurück. Im anderen Vormittag wurden nun am Zahner Mantel und Handtasche der Vermissten gefunden. In der Handtasche befand sich ein Notizbuch, das die schriftliche Anrede an die Eltern, die Bitte um Verzeihung von den Lehrherrn und die Bemerkung enthielt, daß die Schreiberin sich die kleine Unaufrichtigkeit gegenüber ihrem Arbeitgeber zu Gunsten genommen habe, daß sie den **Tod in der Lahn finden wolle**. Sie habe nicht anders handeln können. Um Nachmittags wurde die Leiche des lunaren Mädchens aus der Lahn geborgen.

Sandball.

Spangenberg 1 — Mündorf 1 4:2 (3:0)

Trotzdem das Tempo dieses Spieles von Beginn bis zum Schluß sehr flott war, kann man das Spiel in bezug auf Technik nicht als hervorragend bezeichnen. Was dies schließlich darauf zurückzuführen sein, daß beide Mannschaften auf dem neuen Plaze ihr erstes Spiel austrugen. Im großen und ganzen aber konnte das Spiel gefallen. Spangenberg siegte verdient.

Spangenberg 2 — Altmorschen 1 2:7 (1:4)

Die Altmorschener erste Elf, die noch im vorigen Jahre unserer Jugend unterliegen mußte, sicherte sich durch wirklich gute Spielweise einen hohen Sieg gegen unsern zweiten Mannschaft. Besseres Deckungsspiel der Läuferreihe und sicheres Abspiel der Verteiliger hätte das hohe Ergebnis etwas einschränken können. Aber der Sieg war Altmorschen nicht zu nehmen.

Spangenberg Sad. — Altmorichen 2. 1:1 (1)

Wenngleich unsere Jagd, mehr Spielerfahrung aufzuweisen hat, muß man es als Leistung bezeichnen, wenn sie ein Unentschieden erkämpfte. Allmorgen war körperlich sehr überlegen und hätte unbedingt gewinnen müssen. Es fehlte eine gute Durchschlagskraft im Sturm.

Spangenberg, den 7. April 1930.
Der Magistrat, Stein.